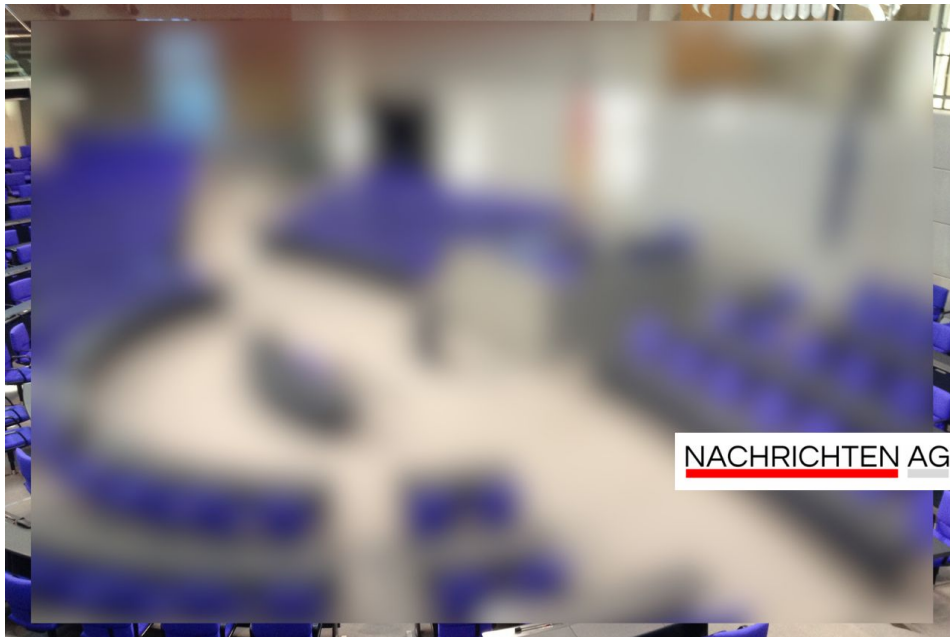


DRK fordert: Milliarden für besseren Bevölkerungsschutz jetzt!

Das Deutsche Rote Kreuz fordert milliardenschwere Investitionen in den Bevölkerungsschutz, um Deutschlands Krisenresilienz zu stärken.



Deutschland - Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat eindringlich höhere Investitionen in den Bevölkerungsschutz gefordert. In einem Interview mit der Rheinischen Post macht DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt deutlich, dass mindestens 0,5 Prozent des Bundeshaushalts für diesen Bereich vorgesehen sein sollten. Dies würde jährlich etwa 2,4 Milliarden Euro entsprechen, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bestmöglich zu meistern. Hasselfeldt verweist auf den Koalitionsvertrag von Union und SPD, welcher eine Stärkung des Bevölkerungsschutzes vorsieht. Die Bundesregierung hat sich nicht nur das Ziel gesetzt, den Bevölkerungsschutz krisenfest zu gestalten, sondern erkennt auch die zunehmenden Bedrohungen als Dringlichkeit an.

Die zusätzlichen Mittel sollen dazu beitragen, die Einsatzfähigkeit von Hilfsorganisationen sicherzustellen, das Ehrenamt zu fördern sowie die Infrastruktur zu härten. Des Weiteren wird ein rascher Ausbau der Betreuungs- und Unterbringungskapazitäten für Krisen- oder Verteidigungsfälle gefordert, um im Notfall schnell reagieren zu können.

Context der Forderungen

Hasselfeldts Forderungen stehen im Kontext der zunehmenden Bedrohungen, die eine schnelle Reaktion der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen erfordern. Insbesondere wird der Bund aufgefordert, die Einsatzfähigkeit von Hilfsorganisationen im Krisenfall durch entsprechende Investitionen zu gewährleisten. Laut **Deutschlandfunk** plant das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe unter der Leitung von Tiesler, etwa eine Million Schutzplätze in U-Bahnhöfen, Tiefgaragen und öffentlichen Gebäuden einzurichten. Ein Konzept hierzu soll im Sommer 2025 vorgelegt werden.

Kernforderungen für eine zukunftssichere Strategie

Fünf Organisationen, darunter das DRK, haben die drängenden Bedürfnisse in einer gemeinsamen Pressemitteilung zusammengefasst. Sie fordern insbesondere die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die finanzielle Ausstattung für den Bevölkerungsschutz. Diese Kernforderungen umfassen:

Kernforderung	Beschreibung
Einheitliches Krisenmanagement	Entwicklung eines integrierten Krisenmanagements, das alle relevanten Akteure einbezieht.
Rechtliche Rahmenbedingungen	Reform des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes,

modernisieren	einheitliche Regelungen für ehrenamtliche Helfer.
Finanzielle Ausstattung verbessern	Erhöhung des Bundeshaushalts für Bevölkerungsschutz auf mindestens 0,5 Prozent.
Ehrenamt stärken	Attraktive Rahmenbedingungen zur Bindung und Gewinnung von Helfern schaffen.
Gesellschaftliche Resilienz stärken	Einbindung der Bevölkerung durch Bildungs- und Informationsprogramme.

Das DRK und andere Hilfsorganisationen betonen, dass der Bevölkerungsschutz als wichtiges Handlungsfeld in den Sondierungsgesprächen von CDU, CSU und SPD identifiziert wurde. Der schnelle und umfassende Ausbau der Maßnahmen ist jetzt gefordert, um Deutschlands Bevölkerung effektiv zu schützen. In diesem Rahmen sind auch Schulungsprogramme zur Stärkung der Resilienz gefragt, wie es von Martin Schelleis (Malteser) sowie weiteren Vertretern der Hilfsorganisationen gefordert wird.

Die Bundesregierung ist gefordert, kontinuierlich an der Verbesserung des Bevölkerungsschutzes zu arbeiten und dabei die Wichtigkeit des Ehrenamts zu beachten. Denn ehrenamtliche Helfer leisten einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Für mehr Informationen besuchen Sie [DRK](#) und [Welt](#).

Details	
Ort	Deutschland
Schaden in	2400000000
Quellen	• www.welt.de • www.deutschlandfunk.de • www.drk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net